

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

5 KiTa-Ausbau in einer wachsenden Stadt

Zurzeit fehlen stadtweit mehrere hundert Plätze in der Kindertagesbetreuung. Auch in den sozial benachteiligten Stadtteilen stehen zu wenige Betreuungsplätze, gerade auch im U3-Bereich, zur Verfügung.

10 Der Rechtsanspruch muss umgesetzt werden. Damit helfen wir Eltern bei einer partnerschaftlichen Teilung von Erwerbs- und Familienarbeit. Alleinerziehenden geben wir die Chance auf Entlastung und aktive Teilhabe am Erwerbsleben. Gleichzeitig wird die Kindertagesbetreuung als Ort frühkindlicher Bildung und zur Herstellung von Chancengerechtigkeit und Integration immer wichtiger.

15 Mit der Umsetzung des Rechtsanspruchs für die Betreuung auch unter 3-jähriger Kinder ist in Bremen ein erster wichtiger Schritt zum Ausbau der Kindertagesbetreuung gelungen. Stadtweit müssen nun bis 2020 zusätzlich zur Ausbauplanung 2014/15, die 32 neue Einrichtungen vorsah, rund 20 weitere Kindertagesstätten errichtet werden, um die politisch beschlossenen Betreuungsquoten von min. 50 Prozent im U3- und 98 Prozent im Ü3-Bereich in allen Stadt-

20 teilen zu realisieren. Die Zusammenlegung der Bereiche Kinder und Bildung in einem Ressort ist dabei eine wichtige Grundlage für einen ganzheitlichen Bildungsweg von Anfang an. Unterstützt wird dies derzeit durch die Zusammenarbeit aller öffentlichen und Freien Träger im Bündnis für Integration, Bildung und Betreuung.

25 Noch ist die aufholende Entwicklung zur Erreichung einer Betreuungsquote von mindestens 50 Prozent in allen Stadtteilen, gerade in den sozial benachteiligten Stadtteilen, nicht überall gelungen. Die aktuelle Zuwanderung wird nicht nur insgesamt sondern auch gerade in diesen Stadtteilen, wo es noch bezahlbaren Wohnraum gibt, zu weiterem Betreuungsbedarf führen. Dazu kommen insgesamt steigende Bevölkerungszahlen, die einhergehen mit einer erfreulichen Erhöhung der Geburtenrate und Kinderzahl stadtweit. Zusätzlich steigen die Bedarfe zur

30 Erfüllung des Rechtsanspruchs gerade in den Stadtteilen, in denen die Betreuungsquote bereits hoch ist. Um unserem Anspruch nach gleichwertigen Bildungschancen und Stadtteilgerechtigkeit gerecht zu werden, fordert der Vorstand des Unterbezirks Bremen-Stadt in Anknüpfung an unsere

35 bisherigen Forderungen einen weiteren Ausbau der Kindertagesbetreuung.

Dies bedeutet im Einzelnen:

- Massiver Ausbau der Kinderbetreuung stadtweit vor dem Hintergrund der steigenden Bevölkerung- und Kinderzahlen um mehr als 50 Kindertagesstätten bis 2020
- 40 ▪ Dabei umgehend verstärkter Ausbau der Betreuungsquoten in sozial benachteiligten Stadtteilen im Sinne der aufholenden Entwicklung auf Grundlage einer stadtteilorientierten Standortentwicklung
- Die zur Absicherung des aktuell hohen Bedarfs erforderlichen Baumaßnahmen sind
- 45 sowohl durch die öffentliche Hand mit KiTa Bremen als Träger als auch durch Investoren im Rahmen der gesetzlichen Standards (bspw. Tariftreue, Vergaberecht) vorzunehmen.

- 50 ▪ Ausweitung der ganztägigen Betreuungsangebote, vor allem in den sozialen Stadtge-
bieten und für alleinerziehende Eltern
- 50 ▪ Die erreichten Qualitätsstandards (Personalschlüssel, Raumangebot) sind insbesondere
in den sozial benachteiligten Stadtteilen –auch bei kurzfristigen Maßnahmen zur Be-
darfsabdeckung- zu erhalten
- 55 ▪ Verstärkte Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern, Möglichkeiten für Quereinstie-
ge schaffen und berufsbegleitende Ausbildung fördern
- 55 ▪ Noch im laufenden Kindergartenjahr und schwerpunktmäßig im Herbst 2016 müssen
900 weitere Kita-Plätze durch kreative Zwischenlösungen (bspw. Nutzung von
Horräumlichkeiten in Schulen) entstehen, um die zurzeit fehlenden Kapazitäten zu
schaffen
- 60 ▪ Die Steuerung der Kinderbetreuung, insbesondere die Standortfestlegung nach Stadt-
teilen und die Festlegung der Betreuungsstandards, muss in öffentlicher Verantwor-
tung bleiben. Das derzeitige zu unflexible Finanzierungs- und Steuerungssystem zur
KiTa-Planung muss jedoch verändert werden. Es soll dabei den neuen Anforderungen
an gesellschaftlichen und demografischen Wandel, an Integration und Chancengerech-
tigkeit in und zwischen den Stadtteilen gerecht werden.

65 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und die SPD-Bürgerschaftsfraktion werden
unter Einbezug des Bündnisses für Integration, Bildung und Betreuung aufgefordert, bis zum
Jahresende 2016 ein entsprechendes Umsetzungskonzept zu erarbeiten.